

HESSISCHE Nachrichten

Einzelpreis 20 Reichspfennig

Monatsbezugspreis RM 2,60 einschl. RM 2,60 Zustellgebühren. Bei Zustellung durch die Post RM 2,80 einschl. Postzustellgebühren. Außerhalb unseres Verbreitungsgebietes erhebt die Post zusätzlich RM 0,36 Zustellgebühren — Fernruf: Sammel-Nr. 9421 — Anzeigenpreis: Jeder Millimeter, der zehnpennigen Seite Gesamtausgabe RM 120. Provinzausgabe RM 60. Stadtausgabe RM 50 je Spalte. Alle Anzeigen die Hälfte Postcheckkonto Frankfurt/M. Nr. 58 840.

SCHRIFTFLEITUNG UND VERLAG: KASSEL, WILHELMSHÜHER PLATZ NR. 4

Nummer 117

Dienstag, 9. September 1947

3. Jahrgang

Urteil im Spifa-Prozess

Der große Kasseler Wirtschaftsprozess beendet

H.N. Das wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung sowohl von den Wirtschafts- wie von den Verbraucherkreisen weit über Kassel hinaus mit Spannung erwartete Urteil im Spinnfaserverfahren gegen Direktor Dr. Reimann und acht Mitangeklagte wurde am Montag durch Landgerichtsdirektor Dr. Lewinski verkündet. Dr. Reimann und fünf Mitangeklagte erhielten Geldstrafen von 20.000 bzw. 30.000 RM, während Köcke zu sechs Monaten und Kohler zu vier Wochen Gefängnis und 900 RM Geldstrafe verurteilt wurden. Die übrigen Angeklagten Ritzauer, leitender Verkaufsleiter und Vorstandsmitglied der Vereinigten Glanzstofffabriken AG., sowie Vorstandsmitglied der Spinnfaser AG. Reinhardt, Bernhard und Fingerhut wurden freigesprochen.

Der Wortlaut des Urteils

Die Angeklagten Ritzauer, Bartsch und Reinhardt werden freigesprochen. Unter Freisprechung im übrigen werden verurteilt: 1. der Angeklagte Dr. Reimann wegen fortgesetzter Gewährung von Reisevergünstigungen durch die Erlaubnis zur Entnahme von Textilfertigerwaren nach § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO zu einer Geldstrafe von 5000 RM und wegen der Abgabe bezugsbeschränkter Waren aus der Wertverhaltensaktion ohne Genehmigung nach § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, in Tateinheit mit § 7, 21 der Textilanordnung 1/46 und § 7 der VO über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. 12. 45 zu einer Geldstrafe von 15.000 RM, zusammen 20.000 RM, hilfsweise für je 100 RM 1 Tag Gefängnis, 2. der Angeklagte Köcke wegen Abgabe bezugsbeschränkter Waren aus der Wertverhaltensaktion ohne Genehmigung nach § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, in Tateinheit mit § 7, 21 der Textilanordnung 1/46 und § 7 der VO über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. 12. 45 zu einer Geldstrafe von 3000 RM, hilfsweise für je 50 RM 1 Tag Gefängnis, 3. der Angeklagte Grünhaupt wegen Lieferung von 1 t Zellwolle zugunsten des Preisprüfers Bielleke gegen die Zusage von 750 t Bezugsnach § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, in Tateinheit mit § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, § 2, 21 der Textilanordnung 1/46, § 7 der VO über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. 12. 45 zu einer Geldstrafe von 3000 RM, hilfsweise für je 50 RM 1 Tag Gefängnis, 4. der Angeklagte Kohler wegen unzulässigen Erwerbs von Textilwaren nach § 2 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, in Tateinheit mit § 1 Abs. 1, Ziff. 1 VRStVO, § 2, 21 der Textilanordnung 1/46, § 7 der VO über wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen vom 18. 12. 45 zu einer Geldstrafe von 900 RM, hilfsweise für je 30 RM 1 Tag Gefängnis.

Die Kosten fallen, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse, im übrigen den Angeklagten zur Last. Die erlittene Untersuchungshaft wird dem Angeklagten Kohler im vollen Umfang angerechnet. Bei dem Angeklagten Kohler beschlagnahmte Gegenstände werden eingezogen.

Weiter verkündete das Gericht folgende Beschlüsse: Auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 19. 6. 1947 werden eingestellt: 1. die Strafverfahren gegen die Angeklagten Fingerhut und Bernhard, 2. das Strafverfahren gegen den Angeklagten Dr. Reimann insoweit, als die Abgabe von 2/4 t Zellwolle an den Bergbäuerlichen Verein im 18. 10. 46 betrifft, 3. das Strafverfahren gegen den Angeklagten Kohler, soweit es den Bezug eines Schlafzimmers, einer Couch und zweier Sessel zum Gegenstand hat. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten.

Der Haftbefehl des Landgerichts in Kassel vom 9. 7. 47 gegen die Angeklagten Dr. Reimann und Ritzauer wird aufgehoben.

Die Urteilsbegründung

„Kompensationsgeschäfte müssen sein, um Wiederaufbau und Sicherung des Wirtschaftsablaufs zu gewährleisten“, so faßte Landgerichtsdirektor Dr. Lewinski seine grundsätzlichen Darlegungen bei Beginn der Urteilsbegründung zusammen. Damit werden für die Zukunft Kompensationen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes dringend notwendig sind, nicht mehr strafbar sein, auch für die Vergangenheit entfällt deren Strafbarkeit. Die Kriterien für die Betriebsnotwendigkeit müssen sein:

1. Das Kompensationsgeschäft muß zur Aufrechterhaltung der Produktion dringend notwendig sein.

„H-N“-Gespräch mit Dr. Reimann und Dr. Selbert

Wir hatten Gelegenheit, nach der Urteilsverkündung Dr. Reimann über seine Stellungnahme zum Urteil zu befragen. Er erklärte, daß gegen das Urteil Revision eingelegt werde. Seine Verteidigerin, Frau Dr. Selbert, habe das ja gleich nach der Urteilsverkündung getan.

Im übrigen glaube er, daß die Verhandlung einwandfrei herausgestellt habe, daß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe unrichtig seien.

Die einwandfreie Verhandlungsführung und das Bemühen des Gerichtes, die überaus schwierige Materie zu klären, sei voll auf anzuerkennen.

Frau Dr. Selbert, die Verteidigerin Dr. Reimanns, verwies gelegentlich einer Besprechung mit unserem (Mitarbeiter auf die von ihr schon nach der Urteilsverkündung angemeldete Revision. Die schriftliche Begründung der Revision werde in den nächsten Tagen erfolgen. Auch sie könne nur die einwandfreie Verhandlungsführung des Gerichtes unterstreichen.

Kein Einzelfall

„Dieser Prozess und die Demonstrationen des Publikums haben gezeigt, welchen Aufgaben das hessische Parlament in Bezug auf die wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen gegenübersteht“, erklärte der erste Vorsitzende des FGB, Bezirk Kassel, Paul Pätzsch, auf dem 8. Tag.

Zur Lösung dieser Aufgaben müsse das Parlament Männer aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften mit heranziehen: Der Fall der Spifa sei kein Einzelfall, sondern der Fall der gesamten Wirtschaft in der amerikanischen und britischen Zone überhaupt.

Bilder zum Zeitgeschehen



Oberes Bild: Der britische Transporter „Ocean Vigour“, eines der drei Schiffe, mit denen 4300 jüdische Flüchtlinge nach Hamburg gebracht wurden, bei seinem Einlaufen in die Elbembüschung. Unteres Bild: Der Spinnfaserverfahren wurde am Montag mit der Urteilsverkündung beendet. Unsere Aufnahme des Richterkollegiums zeigt von links nach rechts Landgerichtsdirektor Dr. Lewinski, Landgerichtsdirektor Dr. Koblach und Staatsanwalt Aust. (Aufnahmen: AP, HN)

US-Europahilfe noch dieses Jahr

WASHINGTON, 8. Sept. (Dena-Reuter). Eine Beschleunigung des US-Programms für die Durchführung des Marshallplans zur Unterstützung Europas wurde vom US-Außenministerium angekündigt. „Wir sind der Ansicht, daß der Zeitpunkt für den Marshallplan erheblich beschleunigt werden muß, um eine Hilfe für Europa vor dem Jahresende durchführen zu können“, heißt es in der Verlautbarung des Außenministeriums. Die Erklärung unterstützt die vom Staatssekretär im Außenministerium, Robert Lovett, in der vergangenen Woche aufgestellten Forderungen auf eine beschleunigte Hilfe für Europa.

Der amtierende Direktor des Amtes für internationale Handelspolitik im US-Außenministerium, Paul Nitze, erklärte: „Viele europäische Länder, darunter Frankreich, Italien und Großbritannien, hängen in den Seilen.“ Nitze sagte nicht, ob eine Sonder-sitzung des Kongresses stattfinden würde, betonte aber, daß der Kongreß regulär am 1. Januar zusammentreten wird und vor dem Frühjahr eine Gesetzgebung nicht erwartet werden könne.

Präsident Truman befindet sich, AP zufolge, an Bord des Schlachtschiffes „Missouri“ auf der Heimreise von Brasilien nach den USA.

Außenministertreffen in Paris

London, 8. Sept. (Dena/INS). Die Außenminister der am Marshall-Plan teilnehmenden Nationen werden, wie aus wohlunterrichteten Kreisen der britischen Hauptstadt verlautet, am 15. September in Paris zusammenkommen, um den Bericht über die europäischen Wirtschaftsbedürfnisse zu unterbreiten.

Die letzten Berichte aus Paris zeigen an, daß die 16 am Marshall-Plan beteiligten Mächte dort ihre Mindestbedürfnisse auf 20 Milliarden Dollar herabgeschraubt haben. Jedoch, selbst wenn dieser Betrag noch auf 15 Milliarden Dollar für die Vierjahres-Periode herabgesetzt wird, sehen

amerikanische Regierungsvertreter es als außerordentlich schwierig an, den Kongreß zu solchen Ausgaben zu veranlassen.

Ruhrkohlenabkommen erreicht

WASHINGTON, 8. Sept. (Dena-INS). Ein endgültiges Übereinkommen als Ergebnis der amerikanisch-britischen Besprechungen über die Erhöhung der Ruhrkohlenförderung soll über Wochenende erreicht worden sein. Damit wäre ein erster Schritt in der Durchführung des Marshall-Plans eingeleitet. Die Bekanntheit des Abkommens wird am Dienstag erwartet.

Es soll folgende Punkte umfassen: Bessere Unterbringung, Ernährung und Arbeitsbedingungen für die Bergleute. Verbesserte mechanische Gruben-ausrüstung, die unter Beratung amerikanischer Fachleute eingesetzt wird. Verbesserte Mittel zum Abtransport der Kohle von der Ruhr in die Gebiete, die sie dringend benötigen, um die europäische Erzeugung von Kapitalgütern zu steigern. Die Teilnahme von Amerika an der Verwaltung der Ruhrgruben, die bisher von den Engländern allein durchgeführt wurde.

Berliner Konferenz begonnen

BERLIN, 8. Sept. (Eig. Ber. - G.M.). Die britisch-amerikanisch-französischen Dreier-Besprechungen über die deutsche Kohle haben am Montag nachmittags in Berlin begonnen. An der Eröffnung der Konferenz nahmen die Wirtschaftsvertreter der drei Militärgierungen, Wilkison (USA), Sir Cecil Weir (Großbritannien) und René Sergeant (Frankreich) teil.

Meldungen aus Nah und Fern

Auf der Jagd erschossen

Amerikanischer Oberleutnant das Opfer
Aus Witzhausen erfahren wir: Am Sonntagvormittag erschoss auf einem Pirschgang bei Reichenbach der Jagdpächter Scheel aus Kassel einen zur gleichen Zeit der Jagd nachgehenden amerikanischen Oberleutnant. Scheel, der festgenommen wurde, will angenommen haben, daß es sich um einen Wilderer handelte. Die Untersuchung über diesen bedauerlichen Vorfall ist noch im Gange. H.N.

Juden an Land gegangen

HAMBURG, 8. Sept. (AP). Am Montag wurden nach dem Einlaufen der „Ocean Vigour“, eines der drei britischen Transport-schiffe, die 4300 jüdischen Flüchtlinge in die britische Zone zurückbringen, nur zum geringen Teile unter Anwendung von Gewalt jüdische Männer, Frauen und Kinder ausgeladen. In bereitstehenden Zügen wurden sie dann unter britischer Bewachung in das Lager Pöppendorf bei Lübeck gebracht. Das zweite Flüchtlingsschiff, die „Empire Rival“ ist am Nachmittag in den Hafen eingelaufen und wird am Dienstagvormittag entladen.

Bombardierung Londons geplant

PARIS, 8. Sept. (Dena-Reuter). Die Leiter der jüdischen Untergrundbewegung „Sterngruppe“ hatten als Reprisalle für den Transport der 4300 jüdischen Flüchtlinge

nach Deutschland Vorbereitungen zur Bombardierung Londons mit Privatflugzeugen, die in Frankreich bereit gehalten wurden, getroffen. Sechs Bomben wurden in einem Haus in der Nähe des Pariser Schlachthofes entdeckt. Bei einem festgenommenen Rabbiner wurden Flugblätter gefunden, die eine Warnung vor einem jüdischen „Freiheitskrieg“ gegen das britische Empire enthielten. 17 Personen wurden bisher verhaftet.

Viehbestand beschlagnahmt

HAIGERWILDKREIS, 8. Sept. (Eig. Ber. - d). Bei zwei Milchbetrieben in der Nähe der benachbarten Siegerländer Ortschaft Eiserfeld wurde festgestellt, daß man anstatt der Vollmilch vollkommen entrahmte und abgeschöpfte Magermilch an die Molkeerei abgeliefert hatte. Daraufhin wurde der gesamte Viehbestand der beiden Milchbetriebe beschlagnahmt und die beiden Landwirte angezeigt.

Bei einer von der Gendarmrie des Kreises Ziegenhain durchgeführten Straßenverkehrs-kontrolle wurde ein Lastkraftwagen einer Münchener Großhandelsfirma mit 100 Zentner Herzingen, die in das Lager Ziegenhain verschoben werden sollten, beschlagnahmt. (hb)

Kurz berichtet

Der Kontrakt rat verhandelt während der vergangenen sechs Wochen über Ausgabe neuen Kleingeldes. — Gegen das von Hessischen Landtag verabschiedete Arbeitsgerichtsgesetz hat die US-Militärregierung Einspruch erhoben. — General Clay hat den früheren Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“, Emil Carlebach, empfangen, um sich von ihm seinen Fall vorzutragen zu lassen. (Dena) — Bei einem Streit zweier Männer in Fritzlur mußte die Constabulary von der Schußwaffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein Mann erschossen. (hb)

Die Entwicklung der Wirklichkeit schneller geht als die Verwirklichung der Gesetzesänderung.

Eingetretene Konflikte können nur dann gelöst werden, wenn das Gesetz zurücktritt hinter der Idee der Gerechtigkeit, weil der Widerspruch zwischen dem noch bestehenden Gesetz und der Wirklichkeit so unerträglich geworden ist, daß ein unrichtiges Gesetz um der Gerechtigkeit willen weichen muß.

Neben diesem Hauptpunkt des Prozesses gebe es noch einen wichtigen Punkt, der diesen Prozeß ebenfalls so bedeutend mache, teilte Dr. Lewinski abschließend fest: der Zusammenhang zwischen dem Reich und Morale sei hier besonders deutlich geworden. Butter auf dem Schwarzen Markt zu kaufen, sei nicht nur unethisch, sondern auch unmoralisch. So wenig man stehle, so wenig kaufe man auf dem Schwarzen Markt, der nur ein Uebergang zum Verbrechen sei. Es erhebe sich ein schwerer moralischer Vorwurf gegen jeden, der in der Ueberströmungskette steht, die in den Bahnhofs wartesälen und bei der Jugendkriminalität ende.

Frau Dr. Selbert legte im Namen ihres Mandanten Dr. Reimann Berufung ein. Sie stütze sich dabei auf:

ein Schreiben des Obersten Bard, des früheren Stadtkommandanten der Militärregierung in Kassel, das jetzt erst aus Kalifornien eingetroffen sei. Die Vertreter der übrigen Angeklagten behielten sich ihre Stellungnahme vor. Dr. B.

Internationale Aussprache

über die deutsche Presse auf der Coburger Tagung

Auf der Schlußsitzung der internationalen Coburger Presstagung kündete der Leiter der Nachrichtenkontrollabteilung der US-Militärregierung, Oberst Gordon E. Tector, Dena zufolge u. a. an, daß womöglich schon zur Londoner Außenministerkonferenz im November deutschen Korrespondenten Geheime über ihre eigenen Berichterstattungen gegeben werden könne. Diese Möglichkeit über Ereignisse außerhalb Deutschlands von Deutschen berichten zu lassen, würde von der US-Militärregierung nach Kräften gefördert.

Auf die Papierlage eingehend, erinnerte Oberst Tector an das amerikanisch-britische Abkommen über die Produktion von 4800 Tonnen Zeitungspapier. Diese vor-

gesehene Menge sei infolge Kohlenmangels bisher noch nicht erreicht worden. Eine plötzliche Lösung des Problems könne es nicht geben, bevor nicht dringliche Fragen wie Ernährung und lebenswichtige Wirtschaftsfragen gelöst seien. Wenn erst die Produktion von 4800 t wieder erreicht sei, so werde die Presse in der US-Zone noch besser dastehen, als im Dezember 1946, als die ersten Einschränkungen in der Papierzuteilung vorgenommen werden mußten. Oberst Tector sprach den Verlegern seine

Anerkennung und Dank

für ihre bisherigen Leistungen aus und bezeichnete es als den Wunsch der US-Militärregierung, die Pressefreiheit in Deutschland in größtmöglichem Maße wieder herzustellen.

Johann Wilhelm Naumann eröffnete sodann die Aussprache über das Thema „Presse — Gewissen der Welt“.

an der sich der Verlagsleiter der „Washington-Post“, Eugen Meyer, der „Chief der Europa-Ausgabe der „New York Herald Tribune“, Geoffrey Parsons, der holländische Journalist Jef Last, der Vizepräsident der „Federation Nationale de la Presse Francaise“, Marcel de Cock, der Chefredakteur der „Tat“ in Zürich, Dr. Jaček, und der Göppinger Verleger Dr. Fritz Harzendorf mit interessanten Ausführungen beteiligten.

Abschließend gab Verleger Naumann bekannt, daß in den nächsten Wochen zehn deutsche Journalisten zur Erholung nach der Schweiz eingeladen würden.

Zur Sicherung der Ernte

MÜNCHEN, 8. Sept. (Dena). Die Militärregierung wird deutschen Amtsstellen direkte Befehle geben und verantwortliche deutsche Stellen absetzen, falls das die Sicherung der Ernte lebenswichtige Transportwesen durch Unfähigkeit auf deutscher Seite zusammenbrechen droht, erklärte der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern, General J. Müller.

Unser Kommentar

Das Gericht hat aus hoher Verantwortung heraus versucht, die tiefe Kluft zwischen der wirtschaftlichen Wirklichkeit und bestehenden Gesetzesvorschriften durch die in der allgemeinen Urteilsbegründung niedergelegten Richtlinien zu überbrücken. Seine Entscheidung ist aus mehr als einem Grunde wesentlich. Einmal hat es klargestellt, daß das Gesetz zurücktreten muß hinter der Idee der Gerechtigkeit, wenn beide auseinanderklaffen, zweitens, daß bestehende Gesetze nicht durch einen Verwaltungsakt eines Ministeriums ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden können.

Das heißt in diesem Fall, die Kriegswirtschaftsverordnung besteht zu Recht, und Verordnungen und Erlasse des Wirtschaftsministeriums und seiner nachgeordneten Bewirtschaftungsstellen, die durch die KWVO unter Strafe gestellte Tatbestände erlauben, sind rechtsunwirksam.

Angesichts der Folgerungen, die sich daraus ergeben, scheint uns dies die Verwirrung in ihrer höchsten Vollendung zu sein. Denn die Richtlinien, die die erste Strafkammer des Landgerichts Kassel in ihrer Abgrenzung zwischen erlaubten und unerlaubten Kompensationsgeschäften gegeben hat, können der Industrie nicht die Sicherheit vermitteln, daß sie sich, wenn sie danach handelt, nunmehr im Rahmen des gesetzlich Erlaubten bewegt. Wer garantiert ihr, daß ein anderes Gericht sich auf denselben Standpunkt stellt, das heißt, Kompensationen überhaupt oder in dem gleichen Umfang für zulässig erklärt?

Können wir glauben, daß bei der Unsicherheit über noch gültige bzw. nicht mehr gültige Gesetzesbestimmungen, Vorschriften und Erlasse, die noch dazu in den verschiedenen Ländern und Zonen differieren, verschieden ausgelegt werden, und die selbst Sachverständigen nur innerhalb der engsten Landesgrenzen bekannt sind, die Wirtschaft den Mut haben wird, die Krücken, die ihr die Kasseler Strafkammer durch die Festlegung der Kompensations-Richtlinien angeboten hat, zu ergreifen?

Wir sind nicht trotz des Urteils, sondern vielmehr infolge des Spruches der Strafkammer der Auffassung, daß es allerhöchste Zeit ist, daß sich die Volksvertretung nun endlich dieses Problems annimmt und der Wirtschaft, ehe sie in ein Chaos versinkt, unmißverständliche Gesetzesvorschriften gibt.

Wir befragen einen Setzer

Kompensationsgeschäfte kann man heute — leider — im großen und im kleinen beobachten. Wo will man anfangen und wo will man die Grenzen des Erlaubten abstecken, nachdem sich erwiesen hat daß keine klaren gesetzlichen Bestimmungen bestehen? Wenn ein Unternehmer „in die eigene Tasche kompensiert“, dann ist das Schieberlei. Sorgt er jedoch für die Aufrechterhaltung seines Betriebes und für das Wohl seiner Beschäftigten, so scheint mir dies ein notwendiges Übel, so lange nicht Planung und sinnvolle Gestaltung in die Gesamtwirtschaft kommen. Wilhelm Steinbach

Kaiser fordert Konsultativrat

BERLIN, 8. Sept. (Dena) Zur Bildung eines deutschen Konsultativrates rief der Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, in einer Rede auf der zweiten Jahrestagung der CDU der Ostzone auf. Er schlug vor, auf je eine Million Einwohner drei einzelne Personen je eine maßgebliche politische Persönlichkeit zu berufen, wobei mit gutem Willen ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Prinzipien möglich sein werde. Entscheidend für die CDU sei, daß der Konsultativrat möglichst bald gebildet werde, um u. a. die Wahl einer deutschen Nationalversammlung zu ermöglichen. Diese Nationalversammlung habe die Aufgabe, eine deutsche Regierung zu bilden und im Rahmen einer provisorischen Verfassung eine endgültige Verfassung vorzubereiten. Der Vorschlag Kaisers findet nicht die Billigung der SPD und LDP.

Jakob Kaiser wurde mit 248 Stimmen gegen eine Stimme zum ersten Vorsitzenden der CDU in Berlin und der Sowjetzone wiedergewählt. — Der bisherige zweite Vorsitzende der CDU, Ernst Lemmer, wurde mit 249 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wiedergewählt.

Mit 100 Worten

Riesiger Präriebrand wütet in Dakota, vernichtet 180 000 ha Weizenfelder und bedroht Städte. Gewittersturm über Neapel unterbricht Zugverkehr, tötet 4 Personen und verursacht schwere Überschwemmungen und schwere Schäden. — Trumans Wagen rückt auf schlammiger Straße über Schlicht, Präsident kommt mit Schrecken davon. — Deutscher Kriegsgefangener aus England als blinder Passagier auf dem Luxusdampfer „Queen Mary“ nach Amerika entflohen (UP). — Moskau feiert mit Illuminationen den Festkleid seinen achthundertjährigen Geburtstag. — Stockholm überfüllt. Messebesucher übernachten in den Straßen. — Explosion in Pulverfabrik Lissabons. Lastwagen rammt Säule in New York. Wisky sprudelt, Bevölkerung eilt mit Flaschen herbei. — Trinkbrüder: „Gott segne den fabelhaften Fahrer“ (AP).



0010645774

SED-Keiselleitung für Anschluss der Ostzone an die UdSSR

BERLIN, 8. September (Dena). Die Frage eines sofortigen Anschlusses der Ostzone an die Sowjetunion wurde auf der Kreis-tagung der SED Sondershausen als Vorschlag für eine Entschließung des Parteivorstandes zum SED-Parteikongreß eingebracht.

Dr. Paul noch nicht entdeckt

BERLIN, 8. Sept. (Eig. Ber. / GM) Das Verschwinden des hüttingischen Ministerpräsidenten, Professor Dr. Rudolf Paul, ist eine Woche nach seiner Flucht noch völlig unaufgeklärt. In den russisch lizenzierten Zeitungen Berlins wurde, fünf Tage nach der Flucht, in einer Fünf-Zellen-Notiz mitgeteilt, daß Dr. Paul von Oberhof abgereist und bisher nicht an seinem Zielort eingetroffen sei. In den Zeitungen der Ostzone sind keine Meldungen erschienen.

Dr. Paul soll, wie Dena berichtet, in Göttingen gesehen worden sein. Das Polizeipräsidium Göttingen bezeichnet die Meldung der „Hessischen Nachrichten“, nach der Dr. Pauls Wagen bei Eichenberg gefunden worden sein soll, als wahrscheinlich zutreffend. Für die Göttinger Polizeistellen stehe fest, daß Dr. Paul in die britische Zone geflüchtet ist.

Aus dem Wirtschaftsleben

Zucker wie bisher

Wie das Ernährungsamt Kassel mitteilt, werden auch in der 106. Zuteilungsperiode 500 g Zucker für Normalverbraucher verteilt. H.N.

Zuversichtliche Börse

Eig. Ber. Die Bekanntgabe des neuen Industrieplans hatte an der Frankfurter Wertpapierbörse erhebliche Kurssteigerungen im Gefolge. Das zum Angebot gelangende Material wurde von interessierter Seite glatt aufgenommen. Abgesehen von Spezialbewegungen in Großbanken und Spinnstoffwerten ergaben sich immerhin Kurssteigerungen von 1-1/2 Prozent gegenüber dem 1. Sept. Elektroaktien fanden bei steigenden Preisen neue, starke Beachtung. Von Ruhrwerten blieben Gute Hoffnungshütte gefragt und wurde in großen Beträgen bis etwa 30 Prozent höher bezahlt. (347-366 nach 336/2). Demgegenüber vermochten Vereinigte Stahl bei ebenfalls regem Geschäft nur 1 Prozent zu gewinnen (168-167/2-167/2). Auch die übrigen Industrieplep-

fanden bei steigenden Preisen mehr Beachtung.

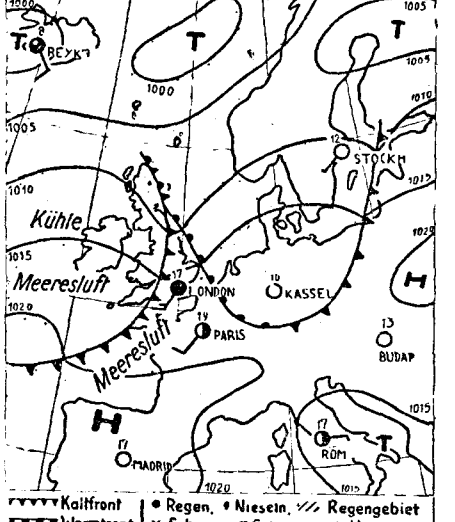
Bemerkenswert war die Entwicklung der Großbankaktien. Der vom Verwaltungsamt für Wirtschaft ausgearbeitete Vorschlag zur Währungsreform dürfte hier stabilisierend gewirkt haben, da er u. eine endgültige Bereinigung der Bankbilanzen zwecks Erfüllung der Neufinanzierungsaufgaben nach der Geldreform vorsieht. Am Markt für unnotierte und Telefonwerte zeigte sich das Hauptinteresse wieder den Spinnstoff- und Zellwollwerten zu. Obwohl die Interessenten im Angebot bis 20 Prozent erhöhten, blieb das Angebot äußerst gering.

Am Rentenmarkt hielten die Käufer der Großanleihe (Versicherungen und Sparkassen) sowie die Tilgungskäufe der Gemeinden an. Allerdings kam es auf Grund der letzten Steigerung verschiedentlich zu Gewinnentnahmen, die die Aufwärtsbewegung zunächst zum Stillstand brachten. Besonders in kommunaler Umschuldung wechselten große Beträge zu unvermindertem Kurs (104) den Besitzer.

Industrieobligationen wurden weiterhin uneinheitlich gehandelt bei beiderseitigen Schwankungen bis zu 2 Prozent.

HN-Wetterbericht

WETTERLAGE vom 8.9.47 2 Uhr



Die über den britischen Inseln erkennbare Störung hat unser Gebiet überquert. In der nachströmenden kühlen Meeresluft anfangs wechselland bewölkt mit Neigung zu vereinzelten Regenfällen, bei täglichen Höchsttemperaturen von 10 bis 12 Grad. Später aufgestockte Bewölkung bei unveränderten Tagstemperaturen. Im gesamten Zeitraum schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen. Amt für Wetterdienst.